

STATEMENT aus der ARMUTSPRÄVENTION

Arme Kinder in der Corona-Krise nicht länger übersehen!

In der jetzigen Situation fehlen vielen Kindern und Jugendlichen öffentliche Strukturen, die ihnen sonst Kitas, Schulen, Hort und Kinder-/Jugendeinrichtungen bieten. Sie betreffen Ernährung, Bildung und Betreuung, Teilhabe an normalem Kinder- und Jugendalltag und an Kultur. Das gilt für alle.

Übersehen wird allerdings, dass mit der Schließung all dieser sozialen Einrichtungen in Folge der Corona-Krise auch solche Leistungen wegfallen, die dazu gedacht sind, existentielle Notlagen abzufedern und zu bewältigen.

Beispielsweise ist mit einem Schlag die für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche höchst wichtige Versorgungsinfrastruktur mit einem warmen Mittagessen oder auch die Hausaufgabenhilfe weggebrochen.

Corona trifft armutsbetroffene Kinder und ihre Familien noch härter

Dabei handelt es sich nicht allein um ein persönliches Problem, sondern um ein strukturelles. Besonders betroffen sind bestimmte Gruppen von Familien und deren Versorgung: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Eltern mit langjährigen chronischen Erkrankungen, zugewanderte Familie, etc. Verschärfend gilt das für diejenigen, die aufgrund von fehlendem oder sehr niedrigem Erwerbseinkommen auf staatliche Leistungen der Grundsicherung (umgangssprachlich Hartz IV) angewiesen sind.

Wir alle mussten uns aufgrund der Corona-Krise erst einmal organisieren, im Alltagsleben und im Beruf. Das gilt auch für arme Kinder und ihre Familien, aber unter verschärften Bedingungen. Viele leben mit vielen Personen auf engstem Raum, ohne ausreichende Rückzugsmöglichkeiten, Garten oder Balkon. Nicht selten fehlt die technische Ausstattung zum Online-Unterricht und nicht alle Eltern können bei den schulischen Aufgaben helfen. Sehr schwierig ist dabei, eine ausreichende Ernährung, schon gar nicht gesunde, zu sichern.

1,8 Mio. unter 18-Jährigen in Hartz IV-Bezug fehlen BuT-Leistungen, auf die sie weiterhin einen Rechtsanspruch haben

Armutsbetroffene Familien können nur auf das Geld zurückgreifen, das ihnen für die Versorgung ihrer Kinder laut SGB II/XII-Regelsatz ausgezahlt wird, für ein 5-jähriges Kind sind es 250 € im Monat, davon knapp 88 € für Essen und Getränke.

Armutsbetroffene Mädchen und Jungen haben aber auch einen Anspruch auf Leistungen zur Bildung und Teilhabe, einschließlich einer gemeinschaftlichen Verpflegung in Einrichtungen wie Kita, Hort und Schulen. Mit deren Schließung ist diese Leistung ersatzlos weggebrochen. Ihre Eltern können diesen Wegfall finanziell nicht aus dem Regelsatz kompensieren.

Verschärfte Bedingungen führen jedoch oft zu Überforderung und Fakt ist, dass darin eine der häufigsten Ursachen für Gewalt in der Familie liegt.

Ehrenamtliches Bürgerengagement kann und darf staatliche Verantwortung nicht ersetzen

Bundesweit bemühen sich die Fachkräfte aller Ämter und sozialen Einrichtungen sowie viele ehrenamtlich engagierte Bürger*innen, hier irgendwie individuell zu helfen und höchst kreative Lösungen für den Einzelfall zu finden. Ihr Engagement kann und darf nicht Ersatz öffentlicher Strukturen sein.

Wir hören zu Recht in der Corona-Krise von vielen Notlagen und vielen Akteur*innen, die sich glücklicherweise gut artikulieren können. Von der Not armutsbetroffener Kinder und ihrer Familien hören wir kaum etwas. Das ist charakteristisch, denn Arme haben wenig Lobby.

Dringend erforderlich ist für Jungen und Mädchen im Hartz IV-Bezug (inkl. „Aufstocker“):

- Sicherung der Ernährungssituation
- Temporäre Bildungsangebote
- Sicherung von Bewegungs- und Ausweichmöglichkeiten

Schnelle politische Entscheidungen und staatliche Lösungen werden jetzt gebraucht.

Das Geld fehlt den Familien schon seit Wochen. Der Ersatz für weggefallene Gemeinschaftspflege ist nicht möglich. Die eigenen Zusatzkosten für Ernährung, Energie, etc. können nicht aus Rücklagen gezahlt werden, denn der Hartz IV-Regelsatz erlaubte ganz sicher nicht eine Einzahlung auf's Sparsbuch. In armutsbetroffenen Familien gibt es keine finanziellen Ressourcen, die nun eingesetzt werden könnten.

Es werden politische Entscheidungen innerhalb des Corona-Hilfspakets gebraucht, über deren Gestaltung schnell entschieden werden muss.

Welche Sofortmaßnahmen sind wichtig?

Einige Vorschläge sind bereits in der allgemeinen Diskussion geäußert:

- Sofortzahlungen, („Helikoptergeld“) oder Einkaufsgutscheine als eine befristete Sonderzahlung des Bundes über die Bundesagentur für Arbeit.
- Zusätzlich „Care-Pakete“ als Bringdienst durch soziale Einrichtungen (z.B. „Die Arche“) zusammen mit Kita, Hort und Schule oder über Kooperationen zwischen Wohlfahrtsverbänden, soziale Initiativen (z.B. Tafeln), ...

Eine weitere Möglichkeit bieten Sonderfonds für Kommunen, ganz besonders für die diejenigen mit hohen (Kinder)Armutquoten. Damit können die anstehenden Aufgaben finanziert werden. Vor Ort gibt es viele kreative Leute mit vielen guten Ideen, die finanziellen Spielraum für schnelle Maßnahmen brauchen.

Wir müssen schon jetzt in die Zukunft schauen

Wir brauchen – als produktive Lehre aus der Corona-Krise – strukturelle Veränderungen in gemeinsamer Gestaltung durch Bund, Länder und Kommunen. Wir brauchen eine strukturelle Armutsprävention zum Wohle der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Wir brauchen allgemein mehr Armutssensibilität und bundesweit Armutspräventionsansätze: Integrierte Gesamtstrategien, mittel-/langfristige Förderprogramme, ...

***Vor allem aber brauchen wir jetzt dringend
eine rasche und effektive politische Lösung,
um arme Kinder nicht noch länger zu übersehen!***

Frankfurt am Main und Hannover, im April 2020

Gerda Holz
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main
gerda.holz@iss-ffm.de
www.iss-ffm.de

Dr. Antje Richter-Kornweitz
Landesvereinigung für Gesundheit und
Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.
Fenskekweg 2, 30165 Hannover
antje.richter@gesundheit-nds.de
www.praeventionketten-nds.de